

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

**Schließung von Raiffeisenbanken und Sparkassen**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele mitarbeiterbesetzte Bankfilialen und SB-Stellen von Sparkassen und Raiffeisenbanken gibt und gab es jeweils 2011 bis 2017 in Baden-Württemberg und wie lautet die Aufgliederung nach Landkreisen und kreisfreien Städten?
2. Wie viele und welche (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten) dieser Bankfilialen und SB-Stellen wurden seit 2011 ersatzlos geschlossen (bitte nach Jahren aufliedern)?
3. In welchen Landkreisen und kreisfreien Städten wurden Banken geschlossen oder in SB-Banken umgewandelt?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die zunehmende Schließung von Zweigstellen von Sparkassen und Raiffeisenbanken?
5. Welche Ursachen lassen sich dafür anführen?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Versorgung mit mitarbeiterbesetzten Bankfilialen im ländlichen Raum?

06.02.2018

Podeswa AfD

### Begründung

Laut einer Studie der KfW vom Oktober 2017 sinkt die Anzahl von Banken in Baden-Württemberg stark. Es ist wichtig zu erfahren, wie sich die Filialverteilung der stark in der Fläche vertretenen Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparkassen verändert. Die Versorgung der Bürger ist hier zentral.

### Antwort

Mit Schreiben vom 7. März 2018 Nr. 45-4293.0/54 beantwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele mitarbeiterbesetzte Bankfilialen und SB-Stellen von Sparkassen und Raiffeisenbanken gibt und gab es jeweils 2011 bis 2017 in Baden-Württemberg und wie lautet die Aufgliederung nach Landkreisen und kreisfreien Städten?*
2. *Wie viele und welche (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten) dieser Bankfilialen und SB-Stellen wurden seit 2011 ersatzlos geschlossen (bitte nach Jahren aufgliedern)?*
3. *In welchen Landkreisen und kreisfreien Städten wurden Banken geschlossen oder in SB-Banken umgewandelt?*

Zu 1., 2. und 3.:

Amtliche Daten über die Zahl von Bankfilialen in Baden-Württemberg liegen nicht vor. Auch die Bankstellenstatistik der Bundesbank enthält für den abgefragten Zeitraum keine aussagekräftigen Angaben. Die nachfolgenden Angaben wurden vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e. V. und dem Sparkassenverband Baden-Württemberg zusammengestellt und der Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der Volksbanken und Raiffeisenbanken, deren Haupt- und Zweigstellen sowie SB-Stellen in Baden-Württemberg stellen sich demnach wie folgt dar:

<b>Jahr</b>	<b>Banken (Hauptstellen)</b>	<b>Bankstellen (Hauptstellen + Filialen)</b>	<b>Zweigstellen (= Filialen)</b>	<b>SB-Stellen*</b>
<b>2011</b>	230	3.116	2.886	558
<b>2012</b>	226	3.098	2.872	563
<b>2013</b>	220	3.061	2.841	568
<b>2014</b>	213	3.036	2.823	592
<b>2015</b>	206	2.954	2.748	596
<b>2016</b>	193	2.821	2.628	603
<b>2017</b>	180	2.700	2.520	639

Die SB-Stellen sind nicht zu den Zweigstellen hinzuzurechnen, sondern dort bereits integriert. Am Beispiel 2017: Es gibt 180 Hauptstellen und 2.520 Zweigstellen/Filialen. Von den 2.520 Zweigstellen/Filialen sind 639 SB-Stellen.

Für die Sparkassen ergibt sich folgendes Bild:

<b>Jahr</b>	<b>Geschäftsstellen insgesamt</b>	<b>Mitarbeiterbesetzte Geschäftsstellen</b>	<b>SB-Stellen</b>
<b>2011</b>	2.454	2.122	332
<b>2012</b>	2.428	2.097	331
<b>2013</b>	2.405	2.060	345
<b>2014</b>	2.373	2.003	366
<b>2015</b>	2.306	1.927	379
<b>2016</b>	2.156	1.747	409
<b>2017</b>	2.100	1.646	454

Für Baden-Württemberg bedeutet dies ein enges und flächendeckendes Geschäftsstellennetz der Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen. Die genannten Kreditinstitute kamen in Baden-Württemberg zum Jahresende 2017 zusammen auf 4.800 Geschäftsstellen (in dieser Zahl sind neben Hauptstellen und Beratungszentren auch Filialen sowie Selbstbedienungsstellen mit mindestens einem Bankautomaten und in der Regel einem Kontoauszugsdrucker und in Teilen einem Überweisungsterminal sowie Einzahlungsmöglichkeiten enthalten).

Eine Aufgliederung nach Landkreisen ist nicht möglich. Die Geschäftsgebiete der Bezirkssparkassen (insbesondere im badischen Landesteil) und der Hauptstellen der Volks- und Raiffeisenbanken stimmen nicht mit den Landkreisgrenzen überein.

Statistisch werden nur die Anzahl z. B. der mitarbeiterbesetzten und SB-Geschäftsstellen erhoben. Filialzusammenlegungen, Neueröffnungen und Umwandlungen in SB-Stellen werden nicht erfasst. D. h. es sind nur die Nettoentwicklungen verfügbar.

In dem Berichtszeitraum wurden keine Sparkassen geschlossen, sondern im Rahmen von Fusionen übernommen. Seit 2011 gab es in Baden-Württemberg 2 Fusionen: Sparkasse Hegau-Bodensee (Singen-Radolfzell und Stockach) und Sparkasse Wiesental (Schopfheim-Zell und Schönau-Total). Genossenschaftsbanken wurden ebenfalls nicht geschlossen. Die Anzahl der Banken ist seit 2011 aufgrund von Fusionen um 50 auf 180 Banken gesunken.

*4. Wie beurteilt die Landesregierung die zunehmende Schließung von Zweigstellen von Sparkassen und Raiffeisenbanken?*

*5. Welche Ursachen lassen sich dafür anführen?*

Zu 4. und 5.:

Die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen treffen ihre unternehmerischen Entscheidungen eigenverantwortlich. Die Ministerien des Landes haben hierauf keinen Einfluss. Genossenschaftsbanken und Sparkassen werden nach ihren Aussagen weiterhin in der Fläche präsent bleiben.

Als die vier Hauptursachen für die Schließung von Zweigstellen können erstens das aktuelle Niedrigzinsumfeld infolge der Zinspolitik der EZB, zweitens die Kostenbelastung infolge von Bankenaufsicht und strengerer Regulierung, drittens der erhöhte härtere Wettbewerb und viertens die Digitalisierung angeführt werden.

Die anhaltende Niedrigzinsphase drückt den Zinsüberschuss und damit die wichtigste Einnahmequelle der Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Die Eigenkapital- und Gesamtkapitalrenditen der deutschen Banken liegen wegen des intensiven Wettbewerbs in Deutschland unterhalb des europäischen Durchschnitts. Der enorme Wettbewerb im Zuge der Digitalisierung wird vor allem durch Nicht-Banken, sog. Fintechs, getrieben. Diese reichen von Zahlungssystemen wie Paypal bis hin zu Crowdfunding und Online-Privatkrediten.

Auf der anderen Seite wachsen die Kosten für die Regulatorik. Anspruchsvolle Beratungen können durch die wachsende Komplexität und regulatorische Anforderungen nicht mehr in den Kleinstfilialen angeboten werden, wo es nur noch wenige Geschäftsvorfälle gibt. So kommt es zwangsläufig zu größeren Filialen, in denen dann Fachberater für die einzelnen Themen verfügbar sind.

Zudem haben sich die Kundenbedürfnisse im Zuge der Digitalisierung gewandelt und die Kundenfrequenz in den klassischen Filialen nimmt stetig ab. Die Zahl der Kunden, die über das Internet mittels PC, Tablet oder Smartphone auf ihr Konto zugreifen, hat sich drastisch erhöht.

Nach aktuellen Erhebungen der Sparkassen greifen bspw. Kunden über das Smartphone mit der Sparkassen-App im Schnitt zwanzigmal pro Monat auf ihr Konto zu. Das klassische Onlinebanking nutzen Kunden im Schnitt zehnmal im Monat. Zum Geldautomaten kommen sie zweimal im Monat und in die klassische Filiale einmal im Jahr.

Die Kreditinstitute prüfen die Kundenfrequenz und die Kundennachfrage vor einer Schließung genau. Ziel der Banken ist es, die eigene Zukunftsfähigkeit zu sichern, und somit weiterhin optimale Dienstleistungen für Mitglieder und Kunden in der Region bieten zu können. Die Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben bekundet, dass an dem bewährten Geschäftsmodell, das auf Nähe und persönlicher Ansprache beruht, sich im Kern nichts ändern soll.

Die Anpassung der Filialausstattung an die geänderten Kundenbedürfnisse geschieht letztendlich zur Sicherung der langfristigen Leistungsfähigkeit und damit auch zur Sicherung der qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region.

*6. Wie beurteilt die Landesregierung die Versorgung mit mitarbeiterbesetzten Bankfilialen im ländlichen Raum?*

Zu 6.:

Die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor für den ländlichen Raum. Es gilt daher, auch zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass die Erreichbarkeitsverhältnisse in den ländlichen Regionen auf einem akzeptablen Niveau bleiben.

Für kleinere Kommunen im ländlichen Raum stellt die Sicherung der Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs eine immer größer werdende Herausforderung dar.

Es sind daher aufgrund der Rahmenbedingungen im ländlichen Raum mit weitaus längeren Wegstrecken, einer geringeren Bevölkerungsdichte und den zerstreuten Siedlungsstrukturen andere Konzepte, Lösungen und Geschäftsmodelle gefragt als in den Ballungszentren. Gemeint sind pragmatische Ansätze und die Reaktion auf die Herausforderungen im ländlichen Raum mit möglichst unkomplizierten Lösungsansätzen.

Die Kombination verschiedener Angebote, wie es beispielsweise bei Einzelhandel und Postfilialen schon länger erfolgreich praktiziert wird, ermöglicht die Aufrechterhaltung entsprechender Angebote auch in kleinen Kommunen. Für die Bargeldversorgung von älteren Kunden im ländlichen Raum gibt es neben Bargeldservice-Angeboten von Genossenschaftsbanken und Sparkassen zunehmend auch die Möglichkeit, im Einzelhandel Bargeld zu erhalten. Zudem besteht auch weiterhin die Möglichkeit zur telefonischen Betreuung über den Berater oder das Servicecenter.

Trotz beschleunigter Technologien, neuen Wettbewerbern und veränderten Kundenwünschen erwartet die Kundschaft weiterhin auch direkte Beratung. Die Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg (Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V., Sparkassenkassenverband Baden-Württemberg, Bankenverband Baden-Württemberg e. V.) hat übereinstimmend betont, dass es ein Anliegen ihrer Mitglieder ist, auch künftig einen guten Zugang zu Finanzdienstleistungen in der Fläche zu gewähren. Ein Indiz hierfür ist, dass Deutschland mit 628.121 Beschäftigten im Bankgewerbe (Quelle: Handelsblatt vom 1. Juni 2017) im europäischen Vergleich noch vor Großbritannien (387.577 Beschäftigte) weiterhin an der Spitze liegt.

Dr. Hoffmeister-Kraut  
Ministerin für Wirtschaft,  
Arbeit und Wohnungsbau